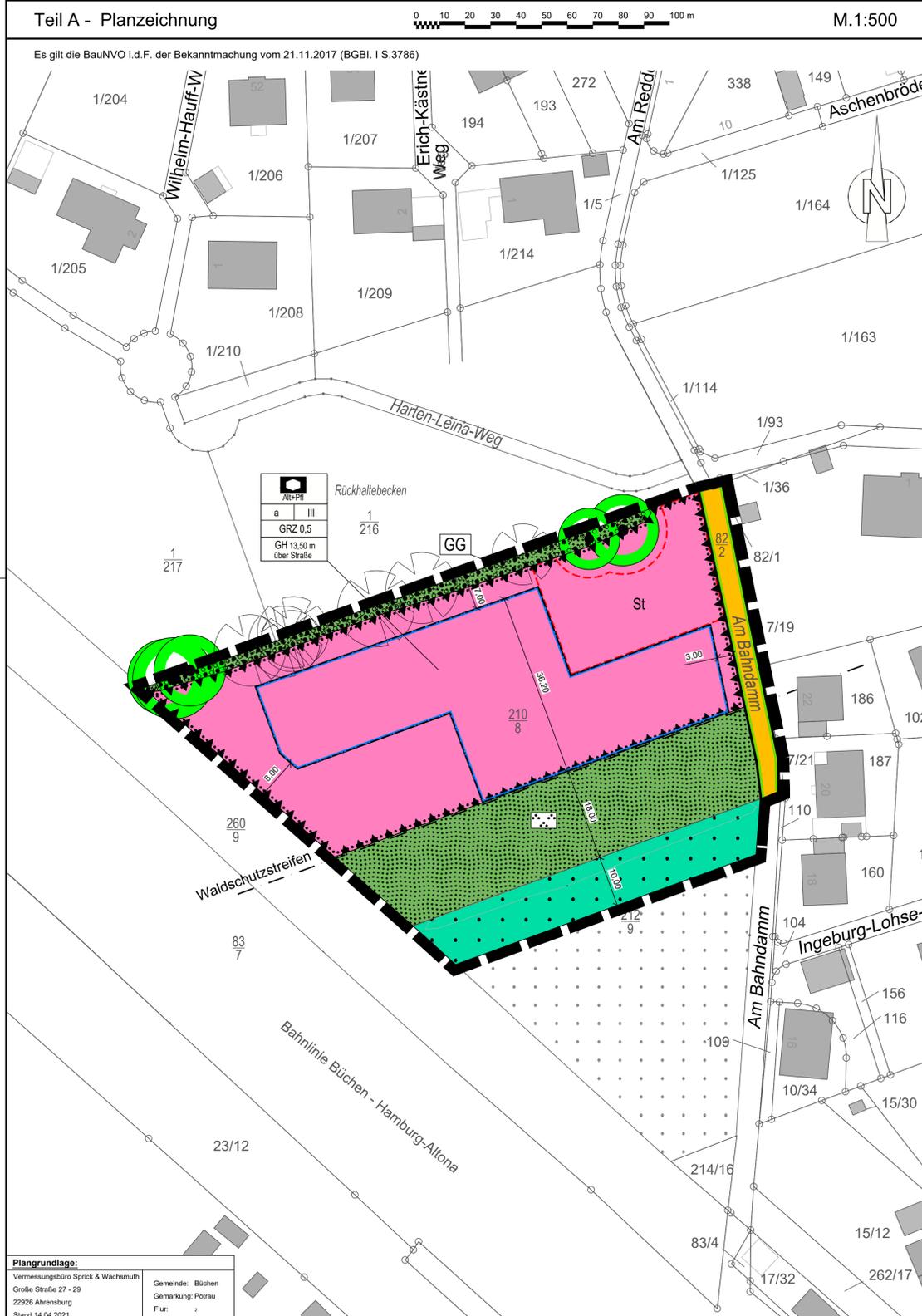


# Satzung der Gemeinde Büchen über den Bebauungsplan Nr. 56 "Alten- und Pflegeheim Am Bahndamm"



Planzeichen	Erläuterungen	Rechtsgrundlagen
<b>Planzeichenerklärung</b>		
<b>Festsetzungen</b>		
<b>Art der baulichen Nutzung</b>		§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
<b>Maß der baulichen Nutzung</b>		§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 16 BauNVO
GRZ 0,5	Grundflächenzahl (GRZ)	
III	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze	
GH 13,50 m	Gebäudehöhe als Höchstmaß in m über Straße siehe Text Teil B Ziffer 2	
<b>Bauweise, Baulinien, Baugrenzen</b>		§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB § 22 und § 23 BauNVO
a	Abweichende Bauweise	
	Baugrenze	
<b>Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport und Spielanlagen</b>		
	Flächen für den Gemeinbedarf	§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB
	Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen hier: Alten- und Pflegeheim	
<b>Verkehrsflächen</b>		
	Straßenverkehrsflächen	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB
	Straßenbegrenzungslinie	
<b>Grünflächen</b>		
	Private Grünfläche Zweckbestimmung: Gliederungsgrün	§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB
	Parkanlage	
<b>Flächen für die Landwirtschaft und Wald</b>		
	Flächen für den Wald	§ 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB
<b>Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft</b>		
	Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen, zum Anpflanzen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a, 25b BauGB
	Erhaltung von Bäumen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
<b>Sonstige Planzeichen</b>		
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen	§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB
	Stellplätze	
	Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes	§ 9 Abs. 7 BauGB
	Maßangabe in Meter	
<b>Nachrichtliche Übernahmen</b>		
	Waldschutzstreifen	§ 9 Abs. 6 BauGB
		§ 24 Abs. 2 LWaldG
<b>Darstellungen ohne Normcharakter</b>		
	voh. Flurstücksgrenze	
	voh. Flurstücksnummer	
	voh. Gebäude	
	Kronbereich	

**Teil B - Text**

- Art der baulichen Nutzung**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und 5 BauGB)  
Auf der Fläche für den Gemeinbedarf ist die Errichtung eines Alten- und Pflegeheims mit den entsprechenden Nebenanlagen zulässig.
- Höhe baulicher Anlagen**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB sowie § 16 Abs. 2 und 3, § 18 und § 20 BauNVO)  
2.1 **Gebäudehöhe**  
Die Gebäudehöhe entspricht dem höchsten Punkt des Daches.  
Innerhalb des Plangebietes werden maximal festgesetzte Gebäudehöhen (GH) durch Höhenangaben über der mittleren Höhe der Straßenachse festgesetzt. Maßgeblich ist die Höhe der Straßenachse über die gesamte Grundstücksbreite parallel zur Straßenbegrenzungslinie der Straße „Am Bahndamm“.  
Grundsätzlich gelten die in der Planzeichnung festgesetzten Gebäudehöhen (GH). Für bestimmte Bereiche sind Ausnahmen wie nachfolgend zulässig:  
Von der festgesetzten Gebäudehöhe (GH) ausgenommen sind betriebsbedingte technische Anlagen, Anlagen für Lüftung und Kühlung, Schornsteine, Fahrstuhlüberfahrten und betriebseigene Antennenanlagen sowie untergeordnete Bauteile. Für die v.g. Anlagen und Bauteile ist eine Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe (GH) um bis zu 1,00 m zulässig.  
2.2 **Oberkante Fertigfußboden (OKFF)**  
Die Oberkante Fertigfußboden der Gebäude innerhalb der Fläche für den Gemeinbedarf ist mindestens 20 cm über der mittleren Höhe der Straßenachse vorzusehen. Maßgeblich ist die Höhe der Straßenachse über die gesamte Grundstücksbreite parallel zur Straßenbegrenzungslinie der Straße „Am Bahndamm“.
- Abweichende Bauweise**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 4 BauNVO)  
In der abweichenden Bauweise gelten die Vorschriften der offenen Bauweise mit der Maßgabe, dass Gebäudelängen über 50,00 m innerhalb der festgesetzten Baugrenze zulässig sind.
- Stellplatzflächen und Nebenanlagen**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 4 BauNVO)  
Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche „Alten- und Pflegeheim“ ist die Errichtung von Stellplätzen, überdachten Stellplätzen (sog. Carports) sowie von Garagen nur innerhalb der festgesetzten Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen sowie innerhalb der Baugrenzen zulässig.
- Grünfläche**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)  
Die private Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Parkanlage" (Waldabstandsflächen) dient dem Schutz des benachbarten Waldes. Innerhalb dieser Fläche ist die Errichtung von Stellplätzen, Garagen und Nebenanlagen unzulässig; ebenfalls unzulässig sind Abgrabungen und Aufschüttungen mit einer Höhe von mehr als 0,5 m. Zulässig ist neben einer gärtnerischen Gestaltung die Anlage von Wegen in wassergebundener Bauweise sowie die Anlage einer Terrasse/eines Pavillons etc. (mit Überdachung).
- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)  
6.1 Der zum Erhalt festgesetzte Gehölzbestand des Gliederungsgrün ist auf Dauer zu erhalten. Ausgefallene Arten sind gleichartig zu ersetzen, so dass ein geschlossener Gehölzbereich erhalten bleibt. Für die Dauer der Bauzeit ist eine ortstiefe Abzäunung sowie Baumschutz vorzusehen.  
6.2 Im tatsächlichen Krontraufbereich zzgl. eines Schutzabstandes von 1,50 m der im Plangebiet zum Erhalt festgesetzten Bäume sind bauliche Anlagen, Versiegelungen jeder Art sowie Auf- und Abgrabungen unzulässig.  
6.3 Außerhalb von Terrassen, Wegen, Stellplätzen, Zufahrten und Traufkanten dürfen Schotter-, Kies- oder Splittflächen nicht angelegt werden.  
6.4 Nicht überdachte Stellplätze, Zuwegungen, Terrassen und Traufkanten innerhalb des Plangebietes sind aus offenflügeligen, wasser- und luftdurchlässigen Belägen (Pflaster mit mind. 20 % Fuganteil, Sickerpflaster, Rasenpflaster, Schotterterrassen) mit wasser- und luftdurchlässigen Tragschichten herzustellen.
- Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB)  
Die festgesetzte Fläche zum Anpflanzen mit Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist als Sichtschutzstreifen mit mind. 3-triebigen Sträuchern und einer Größe von mind. 100 cm anzulegen und dauerhaft als geschlossener Pflanzstreifen zu erhalten. Bereits vorhandene geeignete Gehölzbestände oder Einzelbaume können integriert werden.  
Für die Bepflanzung sind ausschließlich heimische Laubsträucher oder Laubbäume folgender Arten zulässig:  
Kornelkirsche (Cornus mas), Feldahorn (Acer campestre), Rote Heckenkirsche (Lonicera xylosteum), Gewöhnlicher Spindelstrauch (Euonymus europaeus), Hafer-Pflaume (Prunus insitita), Zweigriffliger Weißdorn (Crataegus laevigata), Hainbuche (Carpinus betulus), Gemeine Hasel (Corylus avellana), Ohr-Weide (Salix aurita), Gemeiner Schneeball (Viburnum opulus), Wildapfel (Malus communis)
- Fläche für Wald**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB)  
Die festgesetzte Waldfläche ist in einer Breite von 10 m zu durchforsten und neu zu bepflanzen. Dazu sind sämtliche Bäume mit einem Stammdurchmesser >20 cm zu entfernen sowie der gesamte Pappeldwergwuchs. Auf dieser Fläche ist eine Neuanpflanzung mit heimischen Sträuchern anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Ausgefallene Gehölze sind zu ergänzen, der Aufwuchs von Bäumen/Überhältern ist zu unterbinden. Die Fläche zur Neuanpflanzung ist für die Dauer von 5 Jahren gegen Wildverbiss einzuzäunern.  
Für die Bepflanzung sind folgende Arten vorzusehen:  
Kornelkirsche (Cornus mas), Rote Heckenkirsche (Lonicera xylosteum), Gewöhnlicher Spindelstrauch (Euonymus europaeus), Zweigriffliger Weißdorn (Crataegus laevigata), Gemeine Hasel (Corylus avellana), Ohr-Weide (Salix aurita), Gemeiner Schneeball (Viburnum opulus), Wildapfel (Malus communis), Faulbaum (Frangula alnus), Hundsrose (Rosa canina)

- Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)  
9.1 Zum Schutz der Wohnnutzungen sind im jeweiligen Baugenehmigungsverfahren der Schallschutz gegen Außenlärm (Gegenstand der bautechnischen Nachweise) nach der DIN 4109 Teil 1 und Teil 2 (Ausgabe 01/2018) nachzuweisen. Die hierfür erforderlichen maßgeblichen Außenlärmpegel sind der planerischen Zurückhaltung folgend zusätzlich nachrichtlich in der Begründung aufzuführen.  
  
  
Abb. 1: Maßgeblicher Außenlärmpegel für schubbedürftige Räume (LärmConsult, September 2021)  
Abb. 2: Maßgeblicher Außenlärmpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden (LärmConsult, September 2021)  
9.2 Zum Schutz der Nachtruhe sind in Schlaf- und Kinderzimmer schalldämmte Lüftungen nachts im gesamten Plangebiet vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann. Die schalldämmten Lüftungen sind bei der Ermittlung des resultierenden Schalldämm-Maßes für das Außenbauteil gemäß den ermittelten und ausgewiesenen maßgeblichen Außenlärmpegeln nach DIN 4109 (Januar 2018) zu berücksichtigen.  
Befestigte Außenwohnbereiche wie Terrassen, Dachterrassen, Balkone, Loggien sind für das 1. Obergeschoss bis zu einem Abstand von ca. 40 m, für das 2. Obergeschoss bis zu einem Abstand von ca. 65 m und das Staffelloch bis zu einem Abstand von ca. 90 m zur Mitte des in Dammlage verlaufenden Bahntrassenabschnitts 6100 Büchen - Müsen nur in geschlossener Gebäudeform zulässig. Offene Außenwohnbereiche sind in diesen Bereichen ausnahmsweise auch zulässig, wenn mit Hilfe einer Immissionsprognose nachgewiesen wird, dass in der Mitte des jeweiligen Außenwohnbereichs der Immissionsgrenzwert für Allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags eingehalten wird.  
  
  
  
Abb. 3: Bereiche, in denen der Immissionsgrenzwert für Allgemeine Wohngebiete tags in 1. Obergeschoss überschritten wird (LärmConsult, September 2021)  
Abb. 4: Bereiche, in denen der Immissionsgrenzwert für Allgemeine Wohngebiete tags in 2. Obergeschoss überschritten wird (LärmConsult, September 2021)  
Abb. 5: Bereiche, in denen der Immissionsgrenzwert für Allgemeine Wohngebiete tags im Staffelloch überschritten wird (LärmConsult, September 2021)  
9.3 Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den Schallschutz resultieren.
- Zuordnungsfestsetzung**  
(§ 9 Abs. 1a BauGB)  
Als Kompensation für den Eingriff in das Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften wurde ein Ausgleich von ... m Knickneuanlage ermittelt. Der erforderliche Knickausgleich wird im Zuge des weiteren Verfahrens ermittelt und im städtebaulichen Vertrag verbindlich geregelt.

**Örtliche Bauvorschriften gemäß § 84 Landesbauordnung (LBO)**

- Stellplätze**  
Innerhalb der Fläche für den Gemeinbedarf „Alten- und Pflegeheim“ ist je sechs [6] Pflegeplätze ein [1] Stellplatz auf dem Grundstück herzustellen.
- Dacheindeckungen**  
Innerhalb des Plangebietes sind die Dächer der Hauptgebäude sowie die Dächer von Garagen und überdachten Stellplatzanlagen (sog. Carports) dauerhaft mit einem Saat- und Pflanzgut regionaler Herkunft zu begrünen. Die Substratmächtigkeit muss mind. 10 cm betragen.  
Flächen, die aus funktionalen Gründen für technische Anlagen (z.B. Aufbauten für Aufzugsanlagen, Solaranlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung) oder für Belichtungszwecke benötigt werden, sind von der Dachbegrünungsverpflichtung ausgenommen. Eine Kombination von Dachbegrünung und Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlagen ist zulässig.  
Pflanzliste für Dachbegrünung:  
Dost (Origanum spec.), Graselken (Armeria spec.), Habichtskräuter (Hieracium spec.), Hauswurz (Sempervivum spec.), Nelken (Dianthus spec.), Sattel (Salvia spec.), Mauerpfeffer (Sedum spec.), Thymian/Quendel (Thymus spec.), Wolfsmilch (Euphorbia spec.)

**Hinweise**

- Arten- und Gehölzschutz**  
1.1 Zur Vermeidung der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG dürfen alle Arbeiten an Gehölzen und die Baufeldräumung gem. § 39 Abs. 5 BNatSchG nur außerhalb der Schonzeit, d. h. nur zwischen dem 01.10. und dem letzten Tag des Februars eines Jahres ausgeführt werden.  
1.2 Die DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“, die RAS-LP 4 und die ZTV-Baumpflege sind als Grundlagen für die Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen in Baum- und Gehölzräum zur Erhaltung der zu schützenden Bäume und Gehölze anzuwenden.  
1.3 Beleuchtungen sind ausschließlich als insektenfreundliche und fledermausverträgliche Lichtquellen/LED-Beleuchtung (warmweiße Lichtfarbe < 2.700 Kelvin) mit ausschließlich nach unten abstrahlenden Leuchten auszuführen, so dass eine Abstrahlung in den Knick und die großen Bäume unterbleibt.

**2. Vorschriften**  
Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Vorschriften) können bei der Gemeinde Büchen, Amtsplatz 1, 21514 Büchen eingesehen werden.

**3. Kampfmittel**  
In der Gemeinde Büchen sind Kampfmittel nicht auszuschließen. Vor Beginn von Tiefbaumaßnahmen wie z.B. Baugruben/Kanalisation/Gas/Wasser/Strom- und Straßenbau ist die Fläche gem. Kampfmittelverordnung des Landes Schleswig-Holstein auf Kampfmittel untersuchen zu lassen.  
Die Untersuchung wird auf Antrag durch das Landeskriminalamt Sachgebiet 323, Mühlenweg 166, 24116 Kiel durchgeführt.

**Satzung**  
Aufgrund des § 10 in Verbindung mit § 13 a des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 84 Landesbauordnung (LBO) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom ..... folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 56 "Alten- und Pflegeheim Am Bahndamm", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.  
Das Gebiet wird wie folgt umgrenzt:  
Westlich der bestehenden Wohnbebauung Am Bahndamm Nr. 18 - 22 sowie Brunnenplatz Nr. 1 - 3, nördlich der bestehenden Waldflächen Am Bahndamm, östlich der Bahnlinie Hamburg - Berlin und südlich des Regenrückhaltebeckens am Harten-Leine-Weg

**Übersichtskarte** ohne Maßstab

**Satzung der Gemeinde Büchen über den Bebauungsplan Nr. 56 "Alten- und Pflegeheim Am Bahndamm" Kreis Herzogtum Lauenburg**

Verfahrensstand nach BauGB  
§3(1) §4(1) §4(2) §3(2) §4a(3) §10  
○ ○ ○ ○ ○ ○ ○

Stand: 15.09.2021 / SR  
P-Nr.: 21 / 1327

**GSP**  
GOSCH & PRIEWE  
Ingenieurgesellschaft mbH  
Beratende Ingenieure (VdI)

23443 Bad Oldesloe  
Papenburg 4  
Tel: 0 45 31 / 67 07 - 0  
Fax: 0 45 31 / 67 07 - 79  
E-mail: oldesloe@gsp-ig.de  
Internet: www.gsp-ig.de